

Unabhängiger Monitoringausschuss  
zur Umsetzung der UN-Konvention über die  
**Rechte von Menschen mit Behinderungen**  
**MonitoringAusschuss.at**

**BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1**  
**22.02.2012 09:30 bis 12:30 Uhr**

**Vorsitz:** Marianne Schulze

**Mitglieder des Ausschusses:**

*Vertreterinnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:*

Christina Meierschitz  
Marianne Schulze  
Silvia Weissenberg  
Christina Wurzinger

*VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:*

entschuldigt

*Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:*

Johannes Trimmel

*Vertreter der wissenschaftlichen Lehre:*

Manfred Nowak

**Ersatzmitglieder des Ausschusses:**

*Vertreter der organisierten Menschen mit Behinderungen:*

Martin Ladstätter  
Heinz Trompisch

*Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:*

Ursula Naue

**BMASK:** Waltraud Palank-Ennsmann

Wolfgang Iser

**BSB** Silvia Kutrowatz

Zeitweise anwesend:

*Vertreter des Bundesministeriums für Justiz:*

Georg Kathrein  
Michael Stormann  
Peter Barth

## **Resümeeprotokoll**

Tagesordnung liegt vor. Weiters der Entwurf des Protokolls der letzten Sitzung sowie die Entwürfe der Stellungnahmen Unterstützte Entscheidungsfindung/Sachwalterschaft, Entwicklungszusammenarbeit, Persönliches Budget und Förderungen.

### **1. Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird genehmigt. Der Punkt Allfälliges zum Thema „Website“ wird auf Wunsch von Herrn Ladstätter vorgezogen. Es gibt Probleme beim Abrufen der Beiträge in Gebärdensprache. Herr Ladstätter wird dem Büro (technische) Lösungsvorschläge übermitteln.

## **2. Protokoll vom 19. Jänner 2012**

Das Protokoll der letzten Sitzung wird beschlossen.

## **3. Umlaufbeschluss Nationaler Aktionsplan**

Die im Umlaufwege beschlossene Stellungnahme zum „Entwurf Nationaler Aktionsplan Menschen mit Behinderungen 2012-2020“ vom 16. Feb. 2012 wird protokolliert.

## **4. NAP Veranstaltung 27. Februar 2012**

An der Veranstaltung werden Frau Meierschitz, Frau Naue, Frau Weissenberg, Herr Ladstätter und Herr Trompisch teilnehmen. Frau Meierschitz wird als stellvertretende Vorsitzende ein abschließendes Statement zum NAP abgeben. Partizipation soll dabei im Vordergrund stehen.

## **5. Monitoringausschüsse in den Ländern, neue Entwicklungen**

Die Vorsitzende berichtet, dass es Diskussionen gebe, dass der Monitoringausschuss auch die Aufgabe der Überwachung der Landesverwaltungen übernehmen solle. Die weitere Vorgehensweise solle nach Klärung der verfassungsrechtlichen Grundlagen durch die berufenen Stellen erörtert werden.

## **6. Stellungnahme Unterstützte Entscheidungsfindung**

Die Vorsitzende berichtet von Gesprächen mit Fachleuten aus dem Bereich der Psychiatrie (Begutachtung, Psychosozialer Dienst) und VertreterInnen der People First Bewegung in Wien, die sich noch zu den Inhalten der öffentlichen Sitzung äußern wollen. Die Stellungnahme zur Unterstützten Entscheidungsfindung kann daher im März noch nicht fertiggestellt werden. Die Erstellung einer Leichter Lesen Fassung dauert ca. 1 Monat.

Weitere Inhalte der Stellungnahme werden erörtert.

## **7. Besprechung mit Vertretern des BMJ – Zivilrechtssektion zur öffentlichen Sitzung am 17.11.2011**

Von den Vertretern des BMJ wird eine positive Rückmeldung zur öffentlichen Sitzung gegeben: besonders wichtig war, dass die Diskussion im eigenen Haus stattfand. Das BMJ ist offen für Entwicklungen, Anliegen und die Forderung nach Verbesserungen. Betont wird von den Vertretern des BMJ, dass die Anpassung der Rechtsvorschriften des Sachwalterrechts einer Intensivierung des Diskussionsprozesses bedarf; dabei sollen Betroffene einbezogen werden. Die Sitzung des Monitoringausschusses war hilfreich, ohne das Ministerium werde jedoch nichts erreicht werden.

Zu der im Entwurf des Nationalen Aktionsplanes angegebenen Zeitschiene für eine Novellierung im Jahr 2013 erläutert der Leiter der zuständigen Zivilrechtssektion, dass der Zeithorizont mit Vorbehalt zu sehen ist, da dies auch von den vorhandenen Ressourcen und politischen Entscheidungen abhängig ist. Überlegt wird eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung von VertreterInnen betroffener Menschen und ein Begleitgremium mit weiterreichender Einbindung Betroffener.

Die Vorsitzende unterstreicht, dass hohe Standards an Partizipation im Sinne der UN-Konvention bedeuten, dass die Betroffenen und die Zivilgesellschaft in jede Phase des Prozesses mit einbezogen werden.

Vom BMJ wird über den Austausch im Rahmen der Fortbildung von RichterInnen berichtet. Weiters wird die Frage der Unterstützergemeinschaften angesprochen, die auch der Zuständigkeit anderer Ressorts und den Ländern zugeordnet wird.

Die Vorsitzende berichtet über die noch zugesagten Rückmeldungen zur Stellungnahme zur Unterstützten Entscheidungsfindung, sodass sich die Beschlussfassung der Stellungnahme noch verzögert.

## **8. Stellungnahme Förderungen**

Die Stellungnahme wird mit den diskutierten Ergänzungen beschlossen und soll an Bund, Länder und Parlamentsklubs ergehen.

## **9. Stellungnahme persönliches Budget**

Der von Frau Weissenberg ausgearbeitete Entwurf wird diskutiert und soll bei der nächsten Sitzung finalisiert werden.

## **10. Öffentliche Sitzung: Logistik**

Als Ort der nächsten öffentlichen Sitzung am 26. April 2012 steht die AK Graz zur Diskussion. Für die Erfordernisse der Barrierefreiheit soll gesorgt werden (Dolmetschung in Gebärdensprache, Induktionsschleife).

## **11. Stellungnahme Entwicklungszusammenarbeit (EZA)**

Die Stellungnahme wird diskutiert, der Entwurf soll vor der Sitzung im März dem BMeiA und BMF übermittelt werden.

## **12. Volksanwaltschaft:**

Die Vorsitzende berichtet vom Gespräch mit der Büroleiterin von Volksanwalt Kostelka. Seitens der Volksanwältinnen wird ein Austausch gewünscht; es werden Terminvorschläge von der Volksanwaltschaft übermittelt.

## **13. Termine:**

1. Nächste Sitzung: 13. März 2012, 9.30 bis 12.30 Uhr, ÖAR,
2. Sitzung f. d. Bericht nach Genf: 12. April 2012, 9.30 – 13 Uhr, ÖAR

Marianne Schulze  
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg  
(Schriftführerin)